

Darmstädter Echo 11.11.2017



Wer darf rein?

von Daniel Baczyk

DARMSTADT - Chinesisch lernen: Auch darin kann die Hoffnung auf eine bessere Zukunft liegen. "China hat einen Plan", sagt der 51 Jahre alte Kranichsteiner, und Bewunderung schwingt mit. Die chinesische Wirtschaft werde über kurz oder lang global den Ton angeben. Wer also auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft eine Perspektive haben will, tut gut daran, Grundbegriffe des Mandarin-Chinesisch zu erlernen.

Das ist schon mal ein Konzept. Der 51-Jährige hat eine nicht so gute Zeit hinter sich, aber er ist weit davon entfernt, die Flinte ins Korn zu werfen. Geboren in Schweinfurt, hatte er jahrzehntelang in den USA und anderen Ländern gelebt und gearbeitet, ehe er 2010 im Zuge der Finanzkrise nach Deutschland zurückkehrte und sich mit einer Lebensgefährtin in Gräfenhausen niederließ.

Wechselnde Jobs im Dienst einer Zeitarbeitsfirma hielten den gelernten Staplerfahrer über Wasser. Doch das Scheitern der Beziehung warf ihn aus der Bahn.

Neustart in den eigenen vier Wänden

Der Mann zog aus der gemeinsamen Wohnung aus, schlug sich in Darmstadt längere Zeit ohne festen Wohnsitz durch. "Zweifalltorweg war nicht mein Ding", sagt er über das dortige städtische Männer-Notquartier. Mitglieder seiner freichristlichen Gemeinde halfen ihm über die Durststrecke. Zu allem Überfluss wurde eine Netzhautablösung festgestellt. Auf einem Stapler wird er nie wieder sitzen.

Chinesisch sprechen - das ist für den 51-Jährigen bislang nur eine Vision. Eine reale Grundlage für einen Neubeginn aber sind die eigenen vier Wände, in denen er seit wenigen Wochen lebt. "Eine sehr schöne Wohnung", sagt er. "Zwei Zimmer, 48 Quadratmeter. Die Gebete der Gemeinde für mich haben geholfen."

Es werden aber nicht nur die Gebete gewesen sein. Das neue Domizil in Kranichstein gehört zum Bestand der Neuen Wohnraumhilfe, einer gemeinnützigen GmbH, die "an der Schnittstelle zwischen Wohnungswirtschaft und Sozialarbeit" - so die Selbstbeschreibung - bedürftigen Menschen dabei helfen will, gefährdeten Wohnraum zu behalten oder neuen zu finden.

Über 349 Wohnungen - die große Mehrheit davon in Darmstadt - verfügt die Neue Wohnraumhilfe. Die meisten sind angemietet, etwa vom Bauverein. Die Mitarbeiter der Wohnraumhilfe achten darauf, dass die von ihnen betreuten Mieter ihre Wohnungen auch in schwierigen Lebenssituationen halten können.

Geldknappheit, Verschuldung, Alkohol - das seien typische Gefahrenfaktoren, sagt Geschäftsführer Wolfgang Bauer-Schneider. Durch regelmäßige Sprechstunden, Wahrnehmungen der Hausmeister oder eigene Nachfragen vor Ort "sind wir relativ nah dran. Signale, die ausgesendet werden, bekommen wir mit." Mit Beratung und anderen Unterstützungsmaßnahmen "versuchen wir, einen Teufelskreis zu unterbrechen", ergänzt die Soziologin Michèle Andiel.

Die Neue Wohnraumhilfe ist eine Hoffnung für viele sozial schwache Darmstädter. "Unsere Warteliste für eine eigene Wohnung ist lang", sagt Bauer-Schneider. Das liege am starken Zuzug nach Darmstadt, aber auch an der Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus, der vom Bund kaum noch gefördert werde.

Seit rund zwei Jahren gibt es einen weiteren Faktor, der in Diskussionen als auslösender Faktor für wachsende Wohnungslosigkeit ausgemacht wird: der Zustrom von Flüchtlingen aus Krisengebieten. In teils scharfem Ton wird behauptet, Asylsuchende würden vom Staat bevorzugt mit attraktiven Wohnungen versorgt, während Einheimische auf der Straße schlafen müssten. "Häuser für Flüchtlinge, Obdachlosigkeit für Deutsche": Im Internet finden sich zahlreiche Beiträge dieser Art; auch ECHO-Berichte sind online wiederholt mit dem Tenor kommentiert worden.

"Wir fördern diesen Konkurrenzkampf nicht, der da hineingetragen wird", erklärt Wolfgang Bauer-Schneider. "Die Wohnungsknappheit war schon vorher da. Wir wollen die Gruppen nicht gegeneinander ausspielen. Klar ist aber, dass nun mehr Menschen auf den Wohnungsmarkt strömen."

Bei der Wohnungsvergabe werde ohne Ansehen der Herkunft strikt nach dem dringendsten Bedarf entschieden, betont Michèle Andiel. "Es gibt keine Bevorzugung bestimmter Gruppen. Das wäre auch mit unserem Leitbild nicht zu vereinbaren."

Nach einer festen Prioritätenliste, unabhängig von der Herkunft der Wohnungssuchenden, gehe das städtische Amt für Wohnungswesen bei der Vermittlung preiswerter Wohnungen vor: Das hebt auch Darmstadts Sozialdezernentin Barbara Akdeniz hervor. Insgesamt seien dort rund 2200 Haushalte registriert. Rund 500 Wohnungen würden jährlich neu vergeben. "Dabei gilt die klare Ansage, genau hinzuschauen, wie groß die soziale Notlage ist."

Mit dem Baby nach Eberstadt

Akdeniz spricht von einem "Einfädelsystem" bei der Wohnungsvergabe. "Das Problem wird durch den Zuzug in die Stadt verstärkt. Wo die Leute herkommen, kann uns egal sein. Es wird niemand bevorzugt oder benachteiligt." Klar sei auch, dass in Darmstadt niemand auf der Straße schlafen müsse.

Szenenwechsel: In Eberstadt freut sich ein 28 Jahre alter Flüchtling aus Syrien, dass er die Erstwohnhäuser im Otto-Röhm-Ring verlassen und mit seiner somalischen Frau und dem gemeinsamen Baby eine Zweizimmerwohnung beziehen konnte. Auch ihnen hat die Neue

Wohnraumhilfe zum eigenen Dach über dem Kopf verholpen. Sie betreut im Fritz-Dächert- und im Brunnenweg insgesamt 51 Wohnungen.

In den Erstwohnhäusern habe man sich eine Wohnung mit einer irakischen Familie teilen müssen, erzählt der syrische Vater. "Wir haben uns nicht gut verstanden."

Der einstige Student der Wirtschaftswissenschaften, der als Assad-Gegner nach eigenen Angaben dreimal aus politischen Gründen in syrischen Gefängnissen saß, will so schnell wie möglich einen Ausbildungsplatz finden, möglichst im Baugewerbe. Sein Deutsch macht gute Fortschritte. "Ich will arbeiten, auf eigenen Beinen stehen", sagt er. Vielleicht reiche dann das Geld für eine größere Wohnung - wieder etwas näher an der Innenstadt, das wäre der Traum der jungen Familie.

- **KOMMENTAR: "PROFIT AUS DEM MANGEL" VON DANIEL BACZYK**

Zerrbilder bringen uns nicht weiter. Totschweigen von Problemen aber auch nicht. Die "Masseneinwanderung" von Flüchtlingen verschärfe die Wohnungsnot, erklärt die AfD. Asylsuchende würden auf Kosten der Einheimischen bei der Vergabe des knappen bezahlbaren Wohnraums bevorzugt, verbreiten Gegner der Flüchtlingspolitik. Letzteres lässt sich nicht belegen und wird von verdienstvollen Organisationen wie der Neuen Wohnraumhilfe in Darmstadt glaubhaft verneint. Richtig ist, dass die Entscheidung einer gesellschaftlichen Mehrheit in Deutschland, Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsregionen Schutz und Hilfe zu geben, die Lage auf dem Wohnungsmarkt in wachsenden Städten wie Darmstadt nicht einfacher macht. Die Konkurrenz um preiswerten Wohnraum ist unzweifelhaft gewachsen, wenngleich sich durch den starken Rückgang der Flüchtlingszahlen die Lage wieder etwas entspannt; dass es dabei bleibt, kann niemand garantieren. Die Hauptverantwortung für den Mangel tragen jedoch nicht die Schutzbedürftigen - wer hier eine Wohnung sucht, hat ein anerkanntes Aufenthaltsrecht und gewiss nicht zum Vergnügen die Heimat verlassen. Sondern die Politik in Bund und Land, aber auch im Darmstädter Rathaus, die jahrelang die Bereitstellung von Sozialwohnungen sträflich vernachlässigte. Wenn Populisten in der Folge solcher Versäumnisse heute versuchen, die schwächsten Gruppen in der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, um daraus politischen Profit zu schlagen, ist dies ein beschämendes Armutszeugnis.